

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 3

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Mittwoch, den 4. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler will im Reichstage unabhängig von der Frage der großen Koalition ein Stenertkompromiß zwischen den Parteien anstreben.

* Dr. Rathenau beabsichtigt angeblich, Vorschläge zur Abänderung des Wiesbadener Abkommens zu machen, um die englischen Bedenken zu beseitigen.

* Die Reparationskommission empfing in Paris die deutschen Delegierten und erklärte, die deutsche Forderung auf Zahlungsausschub könne erst nach dem Empfang näherer Auskünfte geprüft werden.

* Briand berichtete im Senat über seine Londoner Verhandlungen mit Lloyd George und seine Stellung zur russischen Frage.

* Der englisch-französische Konflikt in der Ubootfrage hat zu scharfen Auseinandersetzungen in Washington und in der Presse der beiden Länder geführt.

* Die irische Nationalversammlung hat beschlossen, den Friedensvertrag mit England zu ratifizieren.

* Das Reichskabinett lehnte eine Wirtschaftsbethilfe für die Eisenbahner ab, jedoch wurde eine andere Vereinbarung angedacht, die der grundsätzlichen Stellung der Regierung entspricht.

* Die alliierten Sachverständigen in Paris haben den Plan eines europäischen Finanzkonferenzen mit 20 Millionen Pfund Kapital ausgearbeitet.

* Nach Pariser Blättermeldungen soll auf Grund einer englisch-französischen Vereinbarung eine erhebliche Herabsetzung der deutschen Zahlungen für 1922 bevorstehen.

* In den russischen Archiven wurden Geheimberichte des Bolschewikers Iswolski gefunden, aus denen die Schuld Poincarés am Kriege klar hervorgeht.

* Die Bedingungen der Entente für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland sollen vor allem die Anerkennung des Privateigentums und der Verpflichtung des Staates umfassen.

Abbruch des Streiks.

Das Abkommen.

Elberfeld, 1. Jan. Die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat am Neujahrsabend 7,15 Uhr folgendes Telegramm an die gesamte Mitgliedschaft herausgegeben:

Einigung mit Regierung erzielt. Arbeit darf nirgends mehr niedergelegt und muß sofort wieder aufgenommen werden. gez. Clever.

Köln, 2. Jan. Die Streikleitung hat infolge der erzielten Einigung heute nacht die Aufforderung erteilt, heute früh die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Berlin, 2. Jan. Zwischen den unterzeichneten Parteien des Lohntarifvertrages ist folgende Vereinbarung zustande gekommen:

1. An Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohntarifs tritt das vom Reichstage beschlossene Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten, dessen Verkündung im Reichsgefehlblatt unmittelbar bevorsteht, mit den Änderungen, die bis zum 1. März durch den Reichsrat und den Reichstagsausschuß noch getroffen werden sollen. Soweit in einzelnen Orten das bisherige Ortsklassenverzeichnis des Lohntarifvertrages eine höhere Einstufung als das nunmehr übernommene Ortsklassenverzeichnis vorsteht, wird den Arbeitern, solange sie in einem solchen Orte beschäftigt bleiben, für die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrages der Unterschiedsbetrag als persönliche Zulage gewährt. Für die Arbeiter der Bahnmehrfach wird der Lohn nach der Ortsklasse des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindebezirk der Rottenführer ständig oder überwiegend tätig ist. Ist der Rottenführer in mehreren Gemeindebezirken tätig, die nicht derselben Ortsklasse angehören, so ist der Lohn der höchsten Ortsklasse dieser Gemeindebezirke zu zahlen. Die Bestimmung des § 4 (5) des Lohntarifvertrages wird aufgehoben, mit der Maßgabe, daß § 30 (3) des Lohntarifvertrages entsprechende Anwendung findet. Die vorstehende Vereinbarung tritt ab 1. Oktober 1921 in Kraft.

2. An solchen Orten, in denen bisher in dem Lohntarif Uebertenerungszuschüsse vereinbart waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober vorläufig um 1 Mark stündlich erhöht. Auf den Gesamtbetrag der Uebertenerungszuschüsse wird ein Unterschiedsbetrag angerechnet, der aus der Höherstufung durch die Uebnahme des Beamtenortsklassenverzeichnisses sich ergibt. Die Uebertenerungszuschüsse gelten als Vorschüsse für die nach Ziffer 4 und 5 endgültig festzusetzenden Löhne und Uebertenerungszuschüsse.

3. Im besetzten Gebiete werden vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober an denjenigen Orten, die sowohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Lohntarifvertrages wie auch nach dem nunmehr übernommenen Beamtenortsklassenverzeichnis zu Ortsklasse A gehören, Uebertenerungszuschüsse in Höhe von 1 Mark stündlich gewährt. Satz 3 Ziffer 2 findet entsprechende Anwendung.

4. Es wird festgestellt, daß nach Befehl des Reichskabinetts die allgemeinen Verhandlungen über die Gehalts- und Lohnbewegung am 5. Januar im Reichsfinanzministerium beginnen.

5. Anschließend an die Verhandlungen zu Ziffer 4 werden mit Beschleunigung zwischen den vertragschließenden

Parteien die bestehenden und etwaigen neuen Uebertenerungszuschüsse mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 endgültig vereinbart.

6. Die Streiktage werden nicht bezahlt. Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt. Vorbehalten bleibt die Verfolgung gewalttätiger Eingriffe in die Verwaltung, den Betrieb und Verkehr.

7. Die Ausführungsvereinbarungen lassen die vertragschließenden Vereinigungen folgen. Die vertragschließenden Vereinigungen verpflichten sich, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

Deutscher Eisenbahnerverband, (gez.) Scheffel.
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter (gez.) Brune.

Allgemeiner Eisenbahnerverband (gez.) Skarubbe.
Reichsverkehrsminister (gez.) Gröner.

Auf „Befehl der Entente“!

Köln, 31. Dez. Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, ist soeben von der Interalliierten Rheinlandkommission der Befehl eingetroffen, daß das gesamte Personal der Eisenbahndirektion Köln und Elberfeld durch die Befehlungsbehörde requiriert ist. Der gesamte Personen- und Güterverkehr sei sofort in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Das Personal wird der interalliierten Eisenbahndirektion, Unterabteilung Köln, unterstellt. Die Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission ist sofort zum Auszug zu bringen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht in Nr. 800 vom 23. 12. 21 eine Bekanntmachung über die Vorprüfung von Anträgen der im Auslande Geschädigten durch die Interessenvertretungen. Die Vorprüfung ist dem Bund der Auslandsdeutschen E. V., Klosterstraße 75, übertragen. Als Auslandsdeutsche gelten alle Geschädigten, die bis Ende Juli 1914 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der damaligen Grenzen des Deutschen Reiches gehabt oder nach dem 1. 8. 14 dorthin verlegt haben. Die Vorprüfungsstellen werden mit der erforderlichen Anzahl von Vorprüfern besetzt. Die Interessenvertretungen sind zur Erhebung von Kostenabzügen oder von im voraus zu entrichtenden Gebühren zur Deckung besonderer Ausgaben für eine etwa im Auslande notwendig werdende Vorprüfung berechtigt. Zur Deckung dieses Kostenanteils werden erhoben bei Schadensbeträgen bis zu 15 000 Mark 1/2 Prozent, bei Beträgen über 15 000 Mark 1 Prozent. Schadensbeträge bis zu 5000 Mark bleiben frei.

Der Abbau der alliierten Militärkommission.

Die bereits seit einiger Zeit eingeleiteten Bestrebungen auf Herabsetzung des Mannschafbestandes der Entente-Kommissionen haben dazu geführt, daß etwa ein Drittel des Offizierbestandes und der Mannschaften, 120 Offiziere und 230 Mann, Deutschland bereits verlassen haben. Infolgedessen sind auch Wohn- und Büroräume frei geworden, und zwar in den Städten Dresden, Leipzig, München, Köln, Hannover, Siedtin und Kiel.

Neujahrserlaß des Reichswehrministers.

Der Reichswehrminister hat einen Erlaß an die Wehrmacht herausgegeben, in dem er allen Angehörigen des Heeres und der Marine die besten Wünsche und seinen Dank für alle im Dienste für das Wohl des Vaterlandes im abgelaufenen Jahre getane Arbeit und Hingabe ausspricht. „Mit Stolz laun“, so jagte er, „das Vaterland auf die junge Wehrmacht blicken, mit besonderem Dank und hohem Vertrauen angesichts unserer sonst so schweren und traurigen Lage. Wir wollen auch im neuen Jahre unseren Weg in treuester Pflichterfüllung weitergehen.“

Sparsamkeit statt Gebührenerhöhung.

Die im bayerischen Handelskammertag vereinigten bayerischen Handelskammern haben zu der neuerlichen Erhöhung der Post- und Bahngebühren eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium gerichtet, in der nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß der mit der Erhöhung der Gebühren eingeschlagene Weg nicht zur Gefundung der Reichsfinanzen führen könne, ohne daß gleichzeitig mit fester Hand die dringend notwendigen organisatorischen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verminderung übergroßer Ausgaben ergriffen werden.

Der Plan einer Arbeitslosen-Versicherung.

Der im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Plan einer Arbeitslosen-Versicherung, der eine vorläufige Beitragspflicht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer einführen soll, hat im allgemeinen die Zustimmung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gefunden, während die „Asa“ sich ablehnend verhält. Das gilt auch für den Gedanken einer Vorausüberhebung der Beiträge. Diese sollen als Zuschlag zu den Krankenkassenbeiträgen in einer zahlenmäßig wenig ins Gewicht fallenden Höhe erhoben werden. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz vorzulegen, sie wird es aber begrüßen, wenn aus der Mitte des Reichstages die Initiative zu einem solchen Gesetz hervorgeht.

Deutsch-Oesterreich.

X Kredite und Pfänder. Die Regierung erklärte, daß in der Frage des Interims-Kredits von 3 Millionen Pfund Sterlina nicht an eine Verpfändung des Tabak-Monopols

oder der Zölle gedacht werde, wenn die Verpfändung der Gobelins nicht zustande komme. Der Gedanke der Verpfändung der Zölle, kostbaren Gobelinsammlung ruft übrigens die Beunruhigung weiterer Kreise hervor. Die ständige Delegation der Künstlervereinigungen in Wien kündigt einen Aufruf an das Volk an, mit allen Mitteln gegen einen derartigen Plan Widerstand zu leisten. — Die Trennung zwischen Wien und Nieder-Oesterreich als eigene Länder der Republik Oesterreich ist am 1. Januar in Kraft getreten.

X Obstruktion im Tiroler Landtag. Anlässlich der Budgetberatung setzte im Tiroler Landtag eine Obstruktion der sozialdemokratischen Abgeordneten ein, welche in mehrstündigen Dauerreden insbesondere gegen die Höhe des Landesgetreideausschlages protestierten. Die Landtags-sitzung wurde die ganze Nacht hindurch und auch vormittags fortgesetzt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Eine Anzahl höherer Justizbeamten und Vertreter verwandter Berufe hat sich zu einem republikanischen Richterbund vereinigt.

Paris. Der Interalliierte Ausschuß, der mit der Untersuchung der Leipziger Gerichtsverfahren gegen die Kriegsbeschuldigten beauftragt ist, tritt am 6. Januar in Paris zu einer Sitzung zusammen, in der Beschluß gefaßt werden soll, ob sich die Alliierten mit den Ergebnissen der Prozesse zufrieden geben sollen.

Paris. In der französischen Kammer wurde die Erörterung der Sequestrierung des Vermögens in Esch-Bothringen zu Ende geführt. Danach soll die französische Regierung den Pachtvertrag über die Kaligruben sofort ausführen.

Paris. Am 15. Januar sollen den Polen die ihnen zugesprochenen Gebiete übergeben werden. — Der General le Nord hat das Großkreuz der Ehrenlegion für seine Wirksamkeit erhalten.

Marfaisse. Der aus Deutschland von der Roten Fahne zum Kommunistenkonferenz entlassene Vertreter Neumann wurde auf dem Bahnhof verhaftet, als er den Schnellzug nach Paris besteigen wollte. Er wird beschuldigt, keinen ordnungsmäßigen Paß zu besitzen.

Christiania. Die wissenschaftliche Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges hat ihre konstituierende Versammlung abgehalten. Obwohl viel Material veröffentlicht worden ist, hat man noch keine genügenden Mittel für ernsthafte Untersuchungen, um zur Wahrheit zu gelangen. Der politische, wirtschaftliche und geschichtliche Hintergrund des Konflikts wird untersucht werden.

Kallutta. Die Zahl der Verhaftungen betrug während der letzten sechs Wochen etwa 6500.

Braunschweig. Das Staatsministerium hat die Rechtsbeständigkeit der verfassungsgewährenden Landessynode anerkannt und seinen Einspruch gegen das Kirchengesetz über die Bildung einer vorläufigen Kirchenvereinigung zurückgezogen.

Budapest. Anlässlich des Jahrestages der Krönung fand ein Festgottesdienst statt, dem zahlreiche Mitglieder der hohen Aristokratie beiwohnten. Nach Beendigung des Gottesdienstes brachte das Publikum Applaus und Andraß lebhaftes Jubelungen dar, wobei der Ruf ertönte: „Es lebe Karl, der König von Großungarn!“

Belgrad. Der Nationalversammlung wurde eine Gesetzesvorlage betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland unterbreitet.

Koalitions- und Steuerfragen.

Mittel- oder Linksbund?

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Wirth einige Tage vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages die Führer der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen nahezu legen, sich über ein

Kompromiß über die Stenervorlagen

zu einigen. Er wird dabei auch auf die schwierige außenpolitische Lage und darauf hinweisen, daß die ganze Politik der Regierung in letzter Zeit von dem Gesichtspunkte ausgegangen sei, daß eine Balancierung des Etats erfolgen werde. Wenn es auch nicht gelinge, bis zur Steuerberatung die große Koalition zu schaffen, so sei er doch davon überzeugt, daß es ihm gelinge, die genannten Parteien zu einem Kompromiß in der Steuerangelegenheit zusammenzuführen.

Einen von der Ansicht des Kanzlers abweichenden Standpunkt nimmt der Reichspräsident Loebe ein, der jetzt in einem Breslauer Blatt für eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien mit der Begründung eintritt, daß ein solcher Bund ein ganz anderes innen- und außenpolitisches Gewicht haben würde, als es bei der gegenwärtigen Gruppierung der Parteien möglich sei. Der trennenden Momente der Parteilichkeit seien immer weniger geworden. Das Verdammsurteil der Unabhängigen gegen die

Beteiligung an einer bürgerlichen Koalition

könne nicht mehr aus ehrlichem Herzen kommen, in einem Augenblick, in dem die U.S.P. verlange, daß ein bürgerlicher Kanzler wie Wirth im Amt bleiben solle und auch das Verbleiben der sozialistischen Minister im Kabinett von ihnen gefordert werde. Es müsse darum auch, wenn die Zeit zur Einigung noch nicht reif sei, wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft gebildet werden.

Briand berichtet über London.

„Die andern sollen Opfer bringen.“

Wenig neues war es nicht, was der französische Ministerpräsident auf Drängen des Senats dieser hochmögenden Körperschaft von seinen im übrigen geheim gebliebenen Besprechungen mit Lloyd George in London erzählt hat. Man fand darin nur die Vermutung bestätigt, daß er durch starres Festhalten am französischen Inter-

Dabsburger haben das Schwarz-Geld noch beibehalten, als sie nur noch Kaiser von Österreich waren; wie das Rot hineingelassen ist, darüber gehen die Ansichten auseinander. Bekanntlich war Schwarz-Rot-Gold in den vierzig Jahren das Zeichen der Großdeutschen, könnte also jetzt in Anlehnung an jene Zeit als Idee der Wiedervereinigung mit Deutsch-Österreich gedeutet werden. Die schwarz-weiß-roten Flaggen des Siebziger-Reiches ist bekanntlich eigentlich weiter nichts als die preussische schwarz-weiße Fahne, zu der man aus der alten Reichsfahne noch das Rot hinzugenommen hatte, um eine „Trifolore“, eine Dreifaltigkeit der Farben zu schaffen.

Eine europäische Wiederaufbaugemeinschaft.
20 Millionen Pfund Gesellschaftskapital.

Die gegenwärtig in Paris beratenden englischen, französischen und italienischen Sachverständigen haben ein neues großes Projekt beraten, wie das Wirtschaftsleben Europas wieder in Gang zu bringen ist. Danach soll ein neues Finanzkonförium geschaffen werden, das die Eisenbahnen, Wasserstraßen und Häfen, die nicht mehr in Betrieb sind, zu übernehmen und ihre frühere Tätigkeit wiederherzustellen hat. Auch alle anderen notwendigen industriellen und kommerziellen Aufgaben sollen von diesem Konförium gelöst werden. Das Kapital des Konföriums ist auf 20 Millionen Pfund Sterling festgesetzt. Die Aktien sollen zu gleichen Teilen an England, Frankreich, Italien, Amerika und Deutschland übergeben werden. Eine schwächere Beteiligung ist für Belgien und Holland vorgesehen.

Nicht die Regierungen selbst sollen die notwendigen Kapitalien liefern, sondern Banken und Privatbankiers. Für Deutschland ist jedoch die Bedingung vorgesehen, daß die Hälfte des zu zeichnenden Kapitals dem Reichsschatz entnommen werden soll. Das endgültige Programm soll der Konferenz von Cannes vorgelegt werden. Rathenau, der ebenfalls die Einzelheiten des Projekts kennt, soll versichert haben, daß Deutschland es annehmen werde, und daß Krasin andererseits versprochen habe, daß die Sowjets ebenfalls ihre Zustimmung erklären werden.

Aus den Londoner Beschlüssen.
Über eine angebliche englisch-französische Verständigung weiß der „Temp“ zu berichten, daß Deutschland im Jahre 1922 an Verzinsungen nur vier Raten von je 125 Millionen Goldmark, die am 15. Januar, 15. Februar, 15. März und 15. April fällig wären, leisten soll. Im übrigen soll Deutschland aufgefordert werden, gewisse Maßnahmen zur Sanierung seiner Finanzen zu treffen und vor allem die Ausgabe von Papiergeld einzuschränken. Die deutschen Kohlen sollen Frankreich vom 31. 12. 1921 ab mit dem Preis angerechnet werden, den die französischen Kohlen kosten. Frankreich soll sich verpflichten, von Deutschland im Jahre 1922 Lieferungen im Werte von einvierzig Milliarden Goldmark und in den Jahren 1923 und 1924 für je einvierzig Milliarden Goldmark zu übernehmen. Die Kosten der Rheinfahrt dürfen danach jährlich nur noch die Summe von 200 Millionen Goldmark erreichen. — Eine Bestätigung dieser Meldungen steht noch aus.

Die Erhöhung der Pfändungsgrenze.

Lohn- und Gehaltsbeschlagnahme.
Durch die nunmehr rechtskräftigen Gesetze über Änderung der Verordnung über Lohnpfändung und über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen erfahren die bestehenden Pfändungsbeschränkungen eine wesentliche Erweiterung.
Während dem Lohnangestellten bisher, je nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein unterhaltungsberechtigter Angehöriger, jährlich 5000 bzw. 4000 Mark und von dem überschüssigen Betrage für seine Person ein Fünftel und für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen ein Zehntel bis höchstens sechs Zehntel und keinesfalls mehr als 9000 Mark (6000 Mark bei einem nichtunterhaltungspflichtigen Schuldner) verblieben, sind in Zukunft 12 000 Mark schlechthin und von dem Mehrbetrage ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltungsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Die bisherigen absoluten Höchstgrenzen fallen fort; bei Lohnneinkommen von mehr als 50 000 Mark tritt infolgedessen eine Beschränkung ein, als dem Schuldner von dem diese Summe übersteigenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltungsverpflichtungen immer nur ein Drittel verbleibt.
Bei den Beamtengehältern ist die absolute Pfändungsgrenze ebenfalls auf 12 000 Mark erhöht. Von dem diese Summe übersteigenden Betrage sind nach wie vor zwei Drittel pfandfrei. Ferner sind wie bisher die Teuerungszulagen und außerdem nunmehr auch die Kinderbeihilfen der Pfändung unterzogen. Das Gesetz über die Lohnpfändung tritt am 1. Januar, das über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen am Tage der Verkündung im Reichs-Gesetzblatt in Kraft.

Totales und Provinzielles.

Halver, den 4. Januar 1922
In heutiger Nummer bringen wir den spannend geschriebenen Roman „Schloß Lindenstein“ aus der Feder von Fritz Damm zum Abdruck. Möge er allen Leserinnen und Lesern eine willkommene Lektüre sein.

□ Kleinrentner. Am schlimmsten spielte die neue Zeit den Kleinrentnern und Altpensionären mit. Diese Veteranen treuer Arbeit und äußerster Enthaltsamkeit leben nun infolge der allgemeinen Geldentwertung in Not und Elend. Man lehnte sie, daß Fleiß und Sparsamkeit allezeit ausreichen, um sich ein, wenn auch bescheidenes, so doch sorgenfreies und glückliches Alter zu bauen. So täten es vor ihnen die Menschen, denen die Vorsehung nicht schon bei der Geburt Reichtum und Glanz bescherte und so trieben auch sie es. Großen wurde auf Großen, Markt auf Markt gehäuft und manches blanke Goldstück wanderte im Laufe der Jahre auf die Sperrasse. Was sie sich an Genüssen versagten, das ersetzte ihnen die Gewissheit einer gesicherten Zukunft. Wie bitter sind ihre Hoffnungen, ihr Vertrauen auf die Festigkeit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse enttäuscht worden. Die Enttäuschung ihres kleinen Kapitals, ehemals ausreichend, um die Erwartungen, die sie an ein gerühmtes Alter knüpften, zu erfüllen, genügen nun nicht, das nackte Leben zu fristen. Sie hungern und frieren und sind auf Almosen angewiesen, statt der Krone erfüllter Pflicht tragen sie das Bettlerleid. Sie waren nichts anderes und wollten nichts anderes sein, als gute Bürger und treue und bescheidene Arbeiter an dem Platze, an den sie ihr Schicksal stellte, und still, wie sie gewohnt waren zu leben, wollten sie auch ihr Dasein beschließen. Nun sind sie schwach, von Entbehrungen zermürbt und von den jungen Reichen, die gewohnt sind, mit großen Zahlen zu rechnen und kein Verständnis haben für stille, demütige Pflichterfüllung, verachtet und gemieden. Zwar haben sie ihre Kinder zu ordentlichen Menschen machen wollen, aber

viele Herzen und Hirne sind nun vergiftet. Jagd nach Geld und Lebensgenuss sind Parole. Dankbarkeit und Pflichtgefühl gedeihen nicht. So kann es kommen, daß verdorbene Jugend sich mästet im Wohlleben, während ehrwürdiges Alter in bitterstem Elend lebt.

□ Himmelserscheinungen im Januar. Die Zunahme der Tageslänge macht sich jetzt schon wieder langsam bemerkbar. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind am 1. d. Mts. 8 Uhr 14 Min. und 3 Uhr 54 Min., am 11. d. Mts. 8 Uhr 10 Minuten und 4 Uhr 5 Min., am 21. d. Mts. 8 Uhr 1 Min. und 4 Uhr 43 Min. und am 31. d. Mts. 7 Uhr 47 Min. und 4 Uhr 41 Min. Am 20., abends 9 Uhr tritt die Sonne aus dem Zeichen des Steinbocks in das des Wassermanns. Den Mond sehen wir zu Anfang d. Mts. als schmale zunehmende Sichel; am 6. haben wir das letzte Viertel, am 13. Vollmond, am 20. letztes Viertel und am 28. Neumond. — Von den Planeten wird der Merkur in der zweiten Hälfte des Monats am südwestlichen Abendhimmel bis zu einer halben Stunde sichtbar. Die Venus ist im Januar nicht zu beobachten. Der Mars ist morgens am südöstlichen Sternenhimmel zu finden. Die Sichtbarkeitsdauer des Jupiter nimmt von 6 bis auf rund 7 1/2 Stunden zu. Saturn geht um Mitternacht auf und ist bis zur Morgendämmerung zu sehen. — Der Fixsternhimmel erscheint im ganzen Januar noch in seiner winterlichen Schönheit. Die beste Beobachtungszeit ist die Zeit des Neumondes, d. h. Anfang und Ende des Monats.

— * Die Ankündigung des Kommunalen Elektrizitätswerkes Mark betr. Ausschaltung der Industrie in der Kraftversorgung ist am heutigen Dienstag zur Ausführung gekommen. Nachdem am Montag abend gegen 7 1/2 Uhr das Werk für kurze Zeit den Strom ausschaltete, wurde am Dienstag früh gegen 6 Uhr bis mittags 12 Uhr ausgeschaltet. Die Fabriken, die auf elektrische Kraft angewiesen waren, mußten die Arbeit vorläufig einstellen. Da der Eisenbahnstreik beendet ist, wird hoffentlich in einigen Tagen die Kohlenknappheit bei der Mark behoben sein. Das Kommunale Elektrizitätswerk Mark teilt uns dazu folgendes mit:

Nach Beendigung des Streiks wird versucht, die Belieferung der Industrie bis zum Eintreffen weiterer Kohlenmengen aufrecht zu erhalten. Die drohende Stilllegung am Montag abend hat noch in letzter Stunde abgewendet werden können. Das Kohlenyndikat hat bereits schnellste Hilfe zugesagt und ist zu hoffen, daß eine Abschaltung der Kabel nochmals vermieden werden kann. Bezüglich der Notbetriebspläne wird auf die Bekanntmachung im Inseratenteil hingewiesen.

— * Der Landrat des Kreises Altena erläßt folgende Bekanntmachung: Gemäß Artikel 106 des Friedensvertrages können alle diejenigen Personen, die nach Art. 105 des obgenannten Vertrages die Deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben und Angehörige der Freien Stadt Danzig geworden sind, innerhalb 2 Jahren nach Inkrafttreten jenes Vertrages, also bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Sowohl im Gebiet der Freien Stadt Danzig als auch im Deutschen Reich sind in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden und in Landkreisen der Landrat zur Entgegennahme der Optionserklärung zuständig. Es wird auf die Bestimmungen mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß im Kreise Altena aufhabenden Optionsberechtigten die Optionserklärung während der Bürostunden auf Zimmer 21 des Kreishauses in Altena abgeben können. Dorselbst kann auch jede gewünschte Auskunft in dieser Angelegenheit eingeholt werden.

— * Gegen die Umsatzsteuerbefreiung der Genossenschaften. Eine gut besuchte Handelsabteilung niederrheinischen und westfälischen Handelskammern und der Großhandels- und Einzelhandelsverbände beschäftigte sich am 28. Dez. in Essen mit der vom Steuerauschuß des Reichstags angenommenen Umsatzsteuerbefreiung der Genossenschaften. Es wurde einstimmig folgende Entschlieung angenommen: Der Handel erblickt in dem Beschluß des Umsatzsteueraususses des Reichstages, die Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien, eine ungeheuerliche, durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung der Genossenschaften. Der Beschluß stellt eine Verletzung des Artikels 164 der Reichsverfassung dar, der als Richtlinie für die Gesetzgebung und Verwaltung bestimmt, daß der selbständige Mittelstand, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, zu fördern und wegen Überlastung und Auszugaug zu schützen sei. Den Genossenschaften wird durch die Befreiung von der Umsatzsteuer ein Geschenk von sechs bis acht Milliarden Mark auf Kosten der Allgemeinheit gemacht. Groß- und Einzelhandel beanspruchen für sich keine Sonderrechte und verlangen einmütig, daß die Frage der Leistungsfähigkeit, ob Genossenschaft oder Handel, lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt und im Wege des freien Konkurrenzkampfes ausgetragen. Bei der schweren Last, die dem Wirtschaftsleben durch die Umsatzsteuer auferlegt wird, muß streng gleichmäßige Behandlung aller Teile des Wirtschaftslebens oberstes Gebot sein. — Gegen den Beschluß des Steueraususses des Deutschen Reichstags, die Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien, hat auch der Deutsche Industrie- und Handelstag im Namen der deutschen Handelskammern scharfsten Widerspruch erhoben.

— * Zahlkarten als Ueberweisungen. Mit Rücksicht auf die während des Krieges eingetretene Papierknappheit ist am 1. April 1918 die Benutzung von Zahlkarten mit vorgedruckter Kontobezeichnung als Ueberweisungen versuchsweise zugelassen worden. Die Einrichtung hat nur einen geringen Umfang angenommen; die Zahl der Ueberweisungszahlkarten macht 0,5 v. H. aller Ueberweisungen aus. Bei den Postsparkassen gehen die Ueberweisungszahlkarten vielfach mangelsausgefüllt ein, wodurch ihre Verarbeitung und der Betrieb bei den Postsparkassen sehr nachteilig beeinflusst werden und verhältnismäßig sehr hohe Kosten entstehen. Mit Rücksicht hierauf wird das versuchsweise eingeführte Verfahren am 1. Jan. 1922 wieder aufgehoben. Den Postsparkassen, die von der Einrichtung bisher Gebrauch gemacht haben, ist die Verwendung der Zahlkarten als Ueberweisungen bis auf weiteres gestattet.

— * Rotgeld der Stadt Münster i. W. Die Zeit der Wiedertäuser mit ihren religiösen Irrungen und politischen Wirren, ihren Schrecknissen und angemaßten Gottesgnadentum, den Vorläufern eines kommunistischen Idealstaates, wird lebendig, wenn man das von der Stadt Münster i. W. herausgegebene hochkünstlerische

Rotgeld sieht. Jan von Leyden, der „gafafote König von Sion“, Knipperdolling sein Scharfrichter, die Minister Krecting und Rottmann geben jedem Schein seine besondere Note. Die Entwürfe stammen von dem bekannten Kunstmaler und Graphiker Dominikus, B.D.S. Nicht minder bedeutend ist die in die heimatische Geschichte wurzelnde 2. Serie, die von der gleichen Künstlerhand stammt und deren Ausführung Städtebilder der uralten Bischofsstadt zeigt, in der sich Christentum und Neuheidentum an den Pforten des Mittelalters befriedeten. In ihrer ganz besonders hervorragenden künstlerischen Durcharbeitung und leuchtenden Farbenpracht werden beide ziemlich groß ausfallende Serien bestimmt das Prachtstück jeden Sammlers ausmachen. Mappe und Beschreibung zur 1. Serie wird beigelegt. Mit dem amtlichen Vertrieb der Serien ist die Firma: J. M. Brockmann, Paderborn beauftragt worden. Um den hohen Sammelwert der Stücke zu erhalten, ist die Auflage sehr beschränkt.

§ Halver, 4. Jan. Am Dienstag den 10. Januar findet im Sitzungssaale des Amtshauses, beginnend 8 1/2 Uhr vormittags wiederum Gerichtstag statt. Zum Geschäftsbereiche der Gerichtstage gehören mit Ausnahme der Hauptverhandlungen in Strafsachen alle dem Amtsgerichte obliegenden Geschäfte, insbesondere auch Grundbuchangelegenheiten, die Auflassung von Grundstücken die Aufnahme von Bewilligungen und Anträgen zu Eintragungen und Löschungen im Grundbuch, Beglaubigungen von Unterschriften, die Aufnahme von Anträgen auf Eintragung der Auerbengutseigenschaft. Zur Förderung solcher Geschäfte ist es geboten, daß die Beteiligten frühzeitig vor dem Gerichtstage beim Unterzeichneten Gerichte die Mitnahme von Grundakten beantragen und zugleich die Art der aufzunehmenden Geschäfte z. B. Auflassung, Eintragung, Löschung usw. angeben.

— Halver, 4. Jan. Die Grippe und das unbeständige kalte Wetter vermehren auch in unserer Gemeinde die Zahl der Kranken ganz gewaltig. Vor einer Erkältung muß daher jeder auf der Hut sein, den die Grippe ist eine tödliche Krankheit; auch ihr gegenüber ist Vorbeugung das beste Mittel.

— Halver, 3. Jan. Das von dem Landwirt Dahlhaus-Vollbach in der Nähe von Anschlag aufgefundenen herrenlose Gefährt, Big mit Ponny, welches bei Zimmermann-Anschlag untergestellt wurde, ist von seinem Besitzer wieder abgeholt worden. Der Führer des Gefährts aus der Gemeinde Rabenbornwald stammend, wollte in Birkenbaum die Laterne anzünden und begab sich daher ins Haus. Nach seiner Rückkehr war das Pferd mit Big verschwunden. Der Führer verfolgte das Gefährt in Richtung Schwenke, während es nach Anschlag seinen Weg genommen hatte.

§ Halver, 3. Jan. „Das alte Jahr vergangen ist, wir danken dir, Herr Jesu Christi!“ Dieses wohlbekannte Wort setzen wir an die Spitze unseres Berichtes der Sylvesterfeier im Evang. Vereinshaufe nicht als Bierstück, sondern als wirklichen Ausdruck der dankbaren Gefühle der Herzen. Trotz der unglücklichen Witterung fand der Besuch dem der Vorjahre nicht nach. Bei dem Präses des Eogl. Männer- und Jünglingsvereins, Herrn Carl Turck sen. lag die Leitung der Feier in fester und altbewährter Hand. In seiner Ansprache forderte er die Vereine- und Gemeindegemeinschaften dringend dazu auf, sich mit ganzer Seele und mehr als zuvor für Gott zu entscheiden, den schmalen Weg einzuschlagen. Warme Worte midmete er den lebten verstorbenen Mitglieder, deren als schmerzliche empfundene Lücke nicht so leicht auszufüllen sei. Über alles Leid sei nicht das Gute, das Ertruliche zu vergessen, das wir im verflossenen Jahre in so reichem Maße erleben durften, Lob und Dank überlasse doch alles und dazu habe uns des Jahres letzte Stunde noch einmal zusammengeführt. Die Vortragsfolge brachte in angenehmer Abwechslung Deklamationen und je einen Gsangvortrag des Gemischten- und Männerchors. Besonders waren es die Ersteren, die durch die ergreifende Schilderung wahrer Begebenheiten aus dem Grau des Alltags einen tiefsten Eindruck auf die andächtige Zuhörerschaft nicht verfehlten. Die Handhabung der Außerlichkeiten, wie Ordnung, Programm, Aufmachung usw., von denen oft mehr Festgenug abhängt als man zugehen möchte, verriet eine liebevolle durchdachte Vorbereitung. Im zweiten Teil ergriff Herr Martin Stelisch das Wort, seine von tiefgründigem Studium zeugenden Ausführungen jagten klar die biblischen Wahrheiten aus, ein dankbarer Rückblick, und ein hoffnungsvoller Ausblick, das waren die Gedanken seiner Ansprache, mit denen wir aus dem alten in das neue Jahr wandern wollen. „Es brachte Freud und Kummer viel und führt uns näher an das Ziel!“ Mitin fand die ohne allen äußeren Prunk stattgefundene, ihres Ernstes wohlbewußte Feier ihr Ende.

|| Halver, 3. Januar Dem Vereinen sicherer Quellen nach ist von den evangl. Männer- und Jünglingsverein in nächster Zeit ein Lichtbildervortrag vorgesehen, der uns in das heilige Land Palästina führen soll. Ohne Zweifel dürfte dieser Vortrag großes Interesse auf sich lenken.

§ Halver, 3. Jan. Die Sylvesterfeier der Verein. Turn- und Spielvereine Halver erfreute sich eines guten Besuches. Eröffnet wurde die Feier durch die Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden Albert Bachhaus, welcher u. a. auch die großen Erfolge des verflossenen Jahres streifte. Verlost wurden sehr schöne Gegenstände. Auch wurde ein gakter Kunststücken der Damenabteilung vorgeführt und so flossen die Stunden bei Gsang, Musik und angenehmer Unterhaltung schnell dahin.

† Lüdenscheld, 2. Jan. Heute früh starb nach kurzem Krankenlager der Mitinhaber der Firma Gebr. Noelle, Herr Kommerzienrat Gustav Noelle. Mit ihm verliert die Stadt Lüdenscheld einen ihrer besten Söhne. Der Verstorbene hat den Interessen der Stadt stets in weitgehendstem Maße gedient. Das gerade, aufrichtige und dabei doch vornehme Wesen des Verstorbenen hat ihm in weitem Kreise der Bevölkerung große Sympathien gebracht. Man wird sein frühes Hinscheiden — er war erst 67 Jahre alt — mit schmerzlichem Bedauern vernehmen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Währungspläne	31. 12.		30. 12.		Stand 1.8.14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dänland . . . Gulb.	6743,25	6756,75	6893,10	6906,90	170 Mt.
Dänemark . . . Kron.	8861,30	8868,70	8996,30	9003,70	112
Schweden . . . Kron.	4610,35	4619,55	4675,30	4684,70	112
Norwegen . . . Kron.	2947,05	2952,95	3011,95	3018,05	112
Schweiz . . . Franc	8321,35	8328,65	8351,30	8358,70	72
Amerika . . . Doll.	183,81	184,19	186,31	186,69	4,40
England . . . Pf.	770,20	771,80	784,20	785,80	20,20
Frankreich . . . Franc	1491,00	1494,00	1490,00	1493,00	80
Belgien . . . Franc	1418,55	1421,45	1423,55	1426,45	80
Italien . . . Lire	809,15	810,85	789,20	790,80	80
Ungarn . . . Kron.	6,83	6,87	6,83	6,87	85
Österreich . . . Kron.	80,48	80,54	80,48	80,54	85
Tschechien . . . Kron.	271,20	271,80	274,70	275,30	

Berlin, 31. Dezember. (Stand der polnischen Mark.)
Polenmarkt an der heutigen Börse mit 6,15 Pf. bewertet.

* Die Börsenumschlagsteuer für Kundengeschäfte. Die vielfach vertretene Ansicht, daß die Beschlüsse des Reichstagsausschusses für Steuerfragen über den Entwurf einer Kapitalverkehrs-Steuer eine Herabsetzung der Börsenumschlagsteuer für Kundengeschäfte bedeuten, trifft nicht zu. Aus § 71 des Gesetzes ergibt sich vielmehr, daß die Reichsregierung ermächtigt ist, die Steuer für Kundengeschäfte über Aktien, ausländische Banknoten und Devisen bis zu 1 Prozent zu erhöhen.

* Ausfuhrverbot für Papier-Zellstoff. Nach amtlicher Veröffentlichung sind die wiederholten Verhandlungen über die am 1. Januar 1922 gültigen Preise für Zeitungsdrukpapier, die in letzter Zeit mit Vertretern der Industrie und der Zeitungsverleger im Reichswirtschaftsministerium geführt wurden, noch nicht zum Abschluß gelangt, weil die Zellstoffindustrie eine endgültige, befriedigende Erklärung über den Preis für Zellstoff noch nicht abgegeben hat. Wenn bei Zellstoff eine über das vertretbare Maß hinausgehende Preissteigerung ab 1. Januar eintreten sollte, wird durch geeignete Maßnahmen auf eine Herabsetzung der Preise hingewirkt werden. Vorerst ist bereits die Ausfuhr von Zellstoff mit Ausnahme fest abgeschlossener laufender Verträge gesperrt worden. Im übrigen ist auch mit den Vertretern der Wäldungen befreundeten Länder wegen der Papierholzpreise Fühlung genommen worden.

* Polnische Guldenwährung? Wie aus Warschau gemeldet wird, kündigte Finanzminister Michałski gelegentlich eines Besuchs in Krakau die Einführung einer höherwertigen Währung, und zwar eines „polnischen Guldens“ an, sobald die Eingliederung der Vermögensabgabe in Gang gekommen sei.

* Gründung einer Rhein-Main-Donau-Gesellschaft. Zum Ausbau der Großschiffahrtsstraße vom Main bei Aschaffenburg über Bamberg, Nürnberg zur Donau und weiter über Regensburg bis zur Reichsgrenze bei Passau und zum Ausbau der Donau zwischen Regheim und Ulm zur Großschiffahrtsstraße zur Herstellung von Schiffsfahrtsanlässen nach Augsburg und München sowie zum Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken an diesen Wasserstraßen ist in München die Rhein-Main-Donau A. G. errichtet worden. Das Grundkapital ist auf 900 Millionen Mark festgesetzt und zerfällt in 600 Millionen Mark Stammapien, die vom Reich, von Bayern, anderen deutschen Ländern und öffentlich-rechtlichen Körperschaften übernommen werden, sowie in 300 Millionen Mark Vorzugsaktien, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, juristischen oder natürlichen Personen übernommen werden.

* Eine Million Tonnen Brennstoffe im Ruhrgebiet. Infolge der Verlehrsbehinderungen ist der Bestand an Kohlen, Holz und Briketts auf den Becken des Ruhrgebietes in der letzten Woche erneut um 85 000 Tonnen angewachsen und hat damit eine Million Tonnen überschritten.

Kleine Nachrichten.

Rußlands Papiergeldüberflutung.

Berlin. In einem Moskauer Rundspruch heißt es: Der Goldrubel ist gegenwärtig ungefähr 100 000 Sowjetrubel wert. Im Jahre 1922 wird Rußland Papiergeld im Betrage von 230 Millionen Goldrubel ausgeben. Die Gesamtausgabe des Papiergeldes hat im Jahre 1921 elf Trillionen (1) und 900 Milliarden Papierrubel erreicht.

Neue Ausfuhrungen Farbiges im Rheinland.

Emm. Die Ehefrau eines Gastwirts wurde in unmittelbarer Nähe eines französischen Postens von einem Marokkaner angegriffen, zu Boden geworfen und mißhandelt. Auf ihre Hilferufe kam ein französischer Offizier herbei und befreite die Frau, die verletzt ist und sich in ärztlicher Behandlung befindet. In unmittelbarer Nähe stand ein Posten und ein anderer französischer Soldat, die der Tat zusahen, ohne sich zu rühren. — Ein Arbeiter wurde von einer Militärpatrouille, die aus farbigen Soldaten bestand, überfallen und seiner Brieftasche, in der sich Geld befand, beraubt.

Zusammenbruch der Lothringer Salzindustrie.

Strasbourg. Die Lothringer Salzindustrie ist vollständig zusammengebrochen. Außer dem berühmten Solvay-Werke wurden auch die Salinen-Werke stillgelegt und Tausende von Arbeitern auf unbestimmte Zeit entlassen. Die Ursache des Zusammenbruchs ist darauf zurückzuführen, daß es der Lothringer Salzindustrie nicht gelungen ist, einen Ersatz für die verlorenen deutschen Absatzgebiete zu finden.

Zugplünderung im Burgenlande.

Wien. In den Eisenbahnzug Oedenburg-Wien drangen bald nachdem der Zug die Grenze passiert hatte und sich auf dem jetzt österreichischen Gebiete des Burgenlandes befand, sieben uniformierte Männer und forderten von den wenigen Reisenden die freiwillige Herausgabe der Papiere, der Koffer und des Geldes. Trotz des Protestes der Reisenden, worunter sich ein Ingenieur Jordan mit Gattin aus Berlin befand, wurden sie vollständig ausgeplündert. Jordan wurden dabei 75 000 Kronen sowie ein Kreditbrief auf eine Wiener Bank abgenommen.

Griechische Anleiheversuche in England.

London. Die „Times“ haben erfahren, daß die griechische Regierung in London Unterhandlungen für die Emission einer Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterling auf dem Londoner Markt anknüpft.

Eine italienisch-griechische Entente.

Rom. Der griechische Minister Giannaris sprach beim Außenminister della Torre vor. Nach dem Blatt „Paele“ wurde dabei die Grundlage für das griechisch-italienische Abkommen bezüglich des kleinasiatischen Konflikts gefunden, der in der nächsten Konferenz in Cannes zur Diskussion steht.

Russisch-polnische Wirtschaftsverhandlungen.

Warschau. In der ersten Januarhälfte, sofort nach Rückkehr des zurzeit in Moskau weilenden Sowjetgesandten in Polen, sollen in Warschau die russisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen beginnen. Der Vorsitzende der Handelsabteilung der Warschauer Sowjetverwaltung hat bereits im Auftrage seiner Regierung zahlreiche große Kaufverträge mit polnischen Industriellen unter Ausschaltung jedes Zwischenhandels abgeschlossen.

Sowjetverluste in Karelien.

Helsingfors. Am 27. Dezember kam das 90. Note Regiment aus Petersburg in Soujaerwi an und griff am folgenden Tage Borajaerwi mit sechs Kompagnien an. Nach heftigen Kämpfen wurde der Feind, dessen Verluste sehr groß sind, zerstreut. Die Verluste der Karelier sind verhältnismäßig gering.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Nachkomme Marc Aurels. Als Heiratschwindler betätigte sich in Berlin ein aus Rumänien angestammener Gärtner, der sich ursprünglich Gold nannte. Er wurde Grundstücksvermittler und lernte hierbei eine Grundbesitzerwitwe

kennen, die ihr Grundstück verkaufen wollte. Mit der Zeit kam es zu einer Verlobung. Von da an hat er es dann verstanden, die Frau um ihr Vermögen zu bringen. Er erzählte ihr, er stamme aus einer reichen rumänischen Familie, habe sich aber mit dieser entzweit, da er bis vor kurzem deutscher Fliegeroffizier gewesen sei und auf deutscher Seite gekämpft habe. Aus diesem Grunde wollten seine beiden Schwestern und sein schwerreicher Bruder nicht mehr mit ihm verkehren und hätten sich in der Zeit, wo er während des Krieges tätig war, von ihm gänzlich losgesagt. Sein wirklicher Name sei Aurel, die Familie stamme von dem römischen Kaiser Marc Aurel ab. Im ganzen hat „Aurel“ die Frau um 100 000 Mark geprellt, und zwar stets durch phantastische Schwindeleien. Schließlich kam die Wahrheit an den Tag, und der Betrüger erhielt vier Jahre Gefängnis.

§ Tschechoslowakische Spionage in der deutschen Reichswehr. Die Strafkammer des Berliner Landgerichts III verhandelte gegen einen Grenadier Otto Baum, der von einem Kriegsgericht wegen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte einen Zusammenstoß mit einem Oberleutnant Bromatta gehabt. Bei der Verhandlung ergab sich, daß der preussische Oberleutnant in Wirklichkeit ein österreichischer Landsturmmann böhmischer Abstammung war und sich mit Hilfe falscher Papiere den Eintritt in die deutsche Reichswehr erschlichen hatte, um hier Spionagedienste zu leisten, und zwar, wie man annimmt, für die tschechoslowakische Regierung im Auftrage der französischen Regierung. Vor Gericht stellte der Verteidiger fest, daß Bromatta augenscheinlich eine ihm wegen Spionage und anderer Vergehen zubilligte Gefängnisstrafe von zwei Jahren verbüßt. Die Strafkammer verurteilte B. jetzt, nachdem das erschwerende Moment des Angriffs auf einen Vorgesetzten in Wegfall gekommen war, wegen einfacher Körperverletzung und Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Die Strafe wurde als verbüßt angesehen.

§ Die Untersuchung in der Mordsache Erzberger ist bis jetzt soweit geführt worden, daß die Ermittlungen gegen die sogenannten „Geheimbünde“, die mit der Vorbereitung des Mordes in Zusammenhang gebracht werden, als abgeschlossen gelten können. Es hat sich danach ergeben, daß die „Geheimorganisation C“ sich über das ganze Reich erstreckt und in allen Provinzen Preußens, einschließlich des besetzten Gebiets sowie in allen anderen Ländern, mit Ausnahme Dänemarks, verbreitet ist. Es ist damit zu rechnen, daß demnächst Anklagen erhoben werden. Die Untersuchung gegen die Mörder Erzbergers selbst und ihre Helfer ist noch nicht abgeschlossen. Es ist deshalb auch noch nicht abzusehen, wann diese Sache zur gerichtlichen Entscheidung kommt.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Markt.

Lagerbestand.

Kraftwerk :	Herdecke	Elberkingen	Stiefel
31. 12. 1921	1418 t	1331 t	88 t
1. 1. 1922	1418 t	1331 t	88 t

Infolge des Eisenbahnerstreiks sind seit Freitag nur 325 t Kohlen in sämtliche Kraftwerke angeliefert, wenn nicht weitere Zufuhren bis spätestens Mittwoch einlaufen muß mit einer Stilllegung der Betriebe am Donnerstag gerechnet werden.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

3. Jan. veränderlich, mäßig.
4. Jan. wenig verändert.
5. Jan. Wolken, tags gelinde, stichweis Niederschläge, Nachts kalt.
6. Jan. Wolken, teils sonnig, stichweis etwas Niederschläge.
7. Jan. wenig verändert.

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Heute morgen 6 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Joh. Adam Lieder

im Alter von 60 Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme:

Ww. Joh. Adam Lieder und Kinder.

Glörfeld b. Halver, Schalksmühle, Berlin, Düsseldorf, Mainz, den 3. Januar 1922.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 7. Dez. nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt. Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktenuappen
Brieftaschen
Geldschäufchen
Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.



Schalksmühler Turnverein

eingetragener Verein.

Samstag, den 7. Januar 1922 im Lokale des Herrn Hugo Hüffer abends 8 Uhr

Neujahrsfeier.

Sämtliche Mitglieder mit ihren Angehörigen sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

N. B. Paketen für die Verlosung können im Laufe der Woche in der Turnhalle abgegeben werden.



Kappel

Schreibmaschine

Maschinenfabrik
Kappel Akt.-Ges.

Chemnitz-Kappel

Vertreter: Carl L. Henrichs, Hagen

Bekanntmachung.

Die bis jetzt gültigen Notbetriebspläne, wonach in 2 bzw. 3 Schichten, Früh-, Spät- und Nachtschicht gearbeitet werden mußte, sind noch nicht aufgehoben. Die Bestimmungen sind zu beachten. Es sind Gerichte im Umlauf, wonach die Früh- und Spätschicht abgeschafft sei, dies ist unzutreffend.

Die Notbetriebsplankommission beschloß, weil der gelieferte Strom zu einem Durchschnittspreis aus deutscher und englischer Kohle im Monat Januar berechnet werden soll, von einer Festsetzung eines bestimmten Stromkontingentes für Januar Abstand zu nehmen. Zu diesem Beschluß wird jedoch der Arbeitgeberverband Hagen noch Stellung nehmen müssen, es gilt Vorstehendes daher nur als vorläufige Mitteilung. Näheres wird durch Rundschreiben sämtlichen Abnehmern baldigst mitgeteilt werden.

Hagen i. W., 2. Januar 1922.

Kommunales Elektrizitätswert Markt

Aktien-Gesellschaft
F. Overmann.

Am Mittwoch nachm. 3 Uhr wird auf dem Bahnhof Oberbrügge ein Wagen

Für Doppelschicht suchen wir einen erfahrenen

Maschinen

für unsere Lokomotive und einen

Werkzeugschlosser

welcher auf Schnitte gearbeitet hat.

Th. Enneper Söhne,
Schraubenfabrik, Halver

Schrot

16 000 Kilogramm

meistbietend versteigert.

Güterabfertigung.

Am Donnerstag morgen, den 5. Januar erhalte ich eine Auswahl

Ruhe

Hugo Kerspe, Halver.
Telefon 52

Bismarck

Gedanken u. Erinnerungen

— Band 3: —
vorläufig.

Wilh. Bell jr., Halver.